

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 147:**

Unterlagen, Gesamtjournal, Anforderung, Außenprüfung

Bundesfinanzhof Az: XI R 15/23

Ist die Anforderung der Vorlage von (elektronisch) empfangenen und abgesandten Handels- und Geschäftspapieren sowie sonstiger Unterlagen inklusive eines Gesamtjournals im Rahmen einer Außenprüfung zulässig?

■ **AO § 180 Abs 1 S 1 Nr 2 Buchst a:**

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Miteigentumsanteil, Schenkung, Übertragung, Vermögensverwaltende GbR

Bundesfinanzhof Az: IX R 2/24

Der Alleineigentümer (Vater) einer vermieteten Immobilie überträgt einen ideellen 2/5-Miteigentumsanteil an seinen Sohn. Die bisherigen Darlehen werden im Grundbuch entsprechend dem Miteigentumsanteil zur dinglichen Haftung übernommen, zu einer schuldrechtlichen Schuldübernahme beziehungsweise einem Schuldbeitritt ist es (jedenfalls) bis zum Ende des Streitjahres (2020) nicht gekommen.

Begehren auf vollständige Berücksichtigung der Darlehenszinsen als Werbungskosten auch nach dem Schenkungsakt. Ist es sachlich gerechtfertigt, den Sachverhalt bei einer vermögensverwaltenden GbR anders zu behandeln als bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb (vgl. Beschluss des Bundesfinanzhofs vom 27.04.2017 – IV B 53/16)?

■ **AO § 180 Abs 1 S 1 Nr 2 Buchst a:**

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, Miteigentumsanteil, Schenkung, Übertragung, Vermögensverwaltende GbR

Bundesfinanzhof Az: IX R 3/24

Der Alleineigentümer (Vater) einer vermieteten Immobilie überträgt einen ideellen 2/5-Miteigentumsanteil an seinen Sohn. Die bisherigen Darlehen werden im Grundbuch entsprechend dem Miteigentumsanteil zur dinglichen Haftung übernommen, zu einer schuldrechtlichen Schuldübernahme beziehungsweise einem Schuldbeitritt ist es (jedenfalls) bis zum Ende des Streitjahres (2020) nicht gekommen.

Begehren auf vollständige Berücksichtigung der Darlehenszinsen als Werbungskosten auch nach dem Schenkungsakt. Ist es sachlich gerechtfertigt den Sachverhalt bei einer vermögensverwaltenden GbR anders zu behandeln als bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb (vgl. Beschluss des Bundesfinanzhofs vom 27.04.2017 – IV B 53/16)?

■ **AO § 29b:**

Abruf, Auskunft, Bank, Datenschutz, Datenverarbeitung, EuGH-Vorlage, Gesetzlicher Richter, Informationelle Selbstbestimmung, personenbezogene Daten, Rechtliches Gehör, Steuergerechtigkeit, Verarbeitung, Verzicht

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 2239/23

Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten im Besteuerungsverfahren gemäß § 29b AO

--Verfassungsbeschwerde--

■ **AStG § 1 Abs 1:**

Hinzurechnungsbesteuerung, Geschäftsbeziehung

Bundesfinanzhof Az: I R 49/23

Keine Hinzurechnungsbesteuerung bei fehlenden Geschäftsbeziehungen zwischen der inländischen Betriebsstätte und dem Stammhaus in Ungarn?

■ **DSGVO Art 15:**

Datenschutz-Grundverordnung, Auskunftsrecht, Akteneinsicht

Bundesfinanzhof Az: IX R 24/23

Besteht ein Anspruch auf Akteneinsicht nach den Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung bei einer Fachaufsichtsbehörde?

■ **DSGVO Art 82:**

Datenschutz-Grundverordnung, Schaden

Bundesfinanzhof Az: IX R 10/23

Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang gewährt Art. 82 der Datenschutz-Grundverordnung einen Anspruch auf Ersatz von (immateriellen) Schäden?

■ **EnergieStG § 49 Abs 1 Nr 2:**

Energiesteuer, Steuerentlastung, Stromerzeugung

Bundesfinanzhof Az: VII R 39/23

Energiesteuerentlastung für Motorenprüfstände: Handelt es sich bei Strom, der innerhalb einer Wirbelstrombremse erzeugt und zur Erzeugung eines elektrischen Magnetfeldes innerhalb der Wirbelstrombremse verwendet wird, um Strom der Position 2716 und somit um einen Steuergegenstand nach § 1 Abs. 1 Satz 1 StromStG beziehungsweise Art. 2 Abs. 2 EGRL 96/2003? Kann für diese Motorenprüfstände damit eine Energiesteuerentlastung nach § 49 Abs. 1 Nr. 2 und § 49 Abs. 3 EnergieStG gewährt werden?

■ **EStG § 1 Abs 4:**

Verfassungsmäßigkeit, Rückwirkung, Abfindung, Beschränkte Steuerpflicht

Bundesfinanzhof Az: VI R 3/24

Findet im Streitfall § 50d Abs. 12 des Einkommensteuergesetzes, der zum 01.01.2017 in Kraft getreten ist, Anwendung, wenn eine Abfindung, die im Hinblick auf ein Ende September 2016 endendes Arbeitsverhältnis mit einhergehendem Wohnsitzwechsel in die Republik Malta vorab vereinbart wurde, aber auf alleinigen Wunsch des Arbeitnehmers erst im Jahr 2017 ausgezahlt wird?

■ **EStG § 13:**

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Entnahme, Wohnung, Fremdvermietung, Schädlichkeit, Auslegung, Treu und Glauben

Bundesfinanzhof Az: VI R 19/23

Steht es einer (steuerfreien) Entnahme nach § 52 Abs. 15 Satz 6 des Einkommensteuergesetzes a.F. nicht entgegen, wenn die Wohnung im Zeitpunkt der Abwahl der Nutzungswertbesteuerung fremdvermietet war?

Auslegung eines Schreibens des Finanzamts unter Bezugnahme von Treu und Glauben?

■ **EStG § 15 Abs 3 Nr 1 S 1 Alt 2:**

Abfärbung, Aufwärtsabfärbung, Bagatellgrenze, Beteiligung, echte Rückwirkung, Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Gewerbebetrieb, Gewerbliche Prägung, Mitunternehmer, Rückwirkung, Steuergerechtigkeit, Umqualifizierung, Verfassung, Vermögensverwaltung

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 45/24

Zur Mitunternehmerstellung einer GbR; Abfärbung gewerblicher Beteiligungseinkünfte: Keine Geringfügigkeitsgrenze, keine Gewerbesteuerpflicht der aufwärts abgefärbten Obergesellschaft
--Verfassungsbeschwerde--

■ **EStG § 15a Abs 1:**

Kapitalkonto, Gesellschafterdarlehen, Anteilsübertragung, Entgelt, Veräußerungsgewinn

Bundesfinanzhof Az: IV R 25/23

Handelt es sich bei einem durch gesellschaftsrechtlich zulässige Überentnahmen aktivisch gewordenen Gesellschafterkonto entgegen der bilanziellen Behandlung nicht um Eigenkapital, sondern um ein Darlehenskonto? Führt daher die entschädigungslose Übertragung des Mitunternehmeranteils auf eine Familienstiftung zu einem Veräußerungsgewinn des ausscheidenden Gesellschafters?

■ **EStG § 17:**

Ablösung, Nießbrauch, GmbH-Anteile

Bundesfinanzhof Az: IX R 5/24

Zur Frage der steuerlichen Behandlung einer erhaltenen Zahlung für die Ablösung eines Nießbrauchs an GmbH-Anteilen.

■ **EStG § 18:**

Freiberufler, Betriebseinnahme, Corona-Soforthilfe, Steuerbefreiung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 34/23

1. Ist die Zahlung einer Billigkeitsleistung in Form einer "Corona-Überbrückungshilfe" u.a. für Angehörige der Freien Berufe in NRW, die infolge der Corona-Krise erhebliche Umsatzausfälle erlitten haben, um damit Ausgaben der privaten Lebensführung decken zu können, als steuerpflichtige Betriebseinnahmen zu erfassen? 2. Sind auf "Corona-Überbrückungshilfen" die Regelungen zur Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 2d und Nr. 11 EStG anzuwenden, wenn von steuerpflichtigen Betriebseinnahme auszugehen ist?

■ **EStG § 2 Abs 2:**

Antragsveranlagung, Festsetzungsfrist, Festsetzungsverjährung, Anlaufhemmung, Günstigerprüfung, Pflichtveranlagung

Bundesfinanzhof Az: VI R 17/23

Löst die Stellung eines Antrags auf Günstigerprüfung nach § 32d Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes eine Pflichtveranlagung aus, mit der Folge dass die Anlaufhemmung des § 170 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 der Abgabenordnung zur Anwendung gelangt?

■ **EStG § 23 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Immobilie, Privates Veräußerungsgeschäft, Insolvenz, Zwangsversteigerung, Masseverbindlichkeit, Steuerschuld

Bundesfinanzhof Az: IX R 6/24

Erfüllt die Zwangsversteigerung eines zur Insolvenzmasse gehörenden Grundstücks den Tatbestand des § 22 Nr. 2 i.V.m. § 23 Abs. 1 S 1 Nr 1 des Einkommensteuergesetzes und ist, wenn dies zu bejahen ist, die auf den Veräußerungsgewinn entfallende Einkommenssteuer eine Masseverbindlichkeit in Sinne des § 55 Abs. 1 der Insolvenzordnung, wenn die Beschlagnahme vor und die Versteigerung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens erfolgt?

■ **EStG § 23 Abs 1 S 1 Nr 2:**

Nießbrauch, Entgeltlichkeit, anderes Wirtschaftsgut, Fehlender Rechtsträgerwechsel, Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften

Bundesfinanzhof Az: IX R 4/24

Führt die entgeltliche Ablösung eines Nießbrauchsrechts oder der entgeltliche Verzicht auf ein Nießbrauchsrecht nicht zu steuerbaren Einkünften im Sinne von § 23 des Einkommensteuergesetzes?

■ **EStG § 34 Abs 1:**

Einmalzahlung, Außerordentliche Einkünfte, Fünftelregelung, Mehrjährige Tätigkeit, Pensionskasse, Ermäßigter Steuersatz

Bundesfinanzhof Az: X R 28/23

Ermäßigte Besteuerung einer Kapitalauszahlung einer Rente nach § 34 EStG: Ist auf die einmalige Kapitaleistung aus einer Pensionskasse, die nachgelagert zu besteuern ist und

deren Kapitalisierung vertraglich vorgesehen war, die Fünftelregelung nach § 34 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 EStG anzuwenden?

■ **EStG § 34a Abs 5 S 2:**

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Nachversteuerung, Übertragung, Überweisung

Bundesfinanzhof Az: VI R 23/23

Wird die Nachversteuerung im Sinne des § 34a Abs. 5 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes auch bei der Übertragung von Geldmitteln unterlassen?

■ **EStG § 4 Abs 4:**

Betriebsausgabe, Betriebliche Veranlassung, Veruntreuung

Bundesfinanzhof Az: X R 21/23

Geltendmachung von Betriebsausgaben: Strittig ist die Abzugsfähigkeit von Bargeldern, die der Kläger an seinen Bruder aus betrieblichem Anlass übergeben hat und die in der Folge vom Bruder zumindest teilweise veruntreut wurden.

■ **EStG § 4 Abs 4a S 4:**

Schuldzinsen, Nicht abziehbare Betriebsausgabe, Zinssatz, Verfassungsmäßigkeit, Überentnahme

Bundesfinanzhof Az: VIII R 3/24

Ist die typisierte Berechnung der nicht abziehbaren Schuldzinsen mit 6 % der Überentnahmen verfassungskonform?

■ **EStG § 4 Abs 4a S 4:**

Schuldzinsen, Nicht abziehbare Betriebsausgabe, Zinssatz, Verfassungsmäßigkeit, Überentnahme

Bundesfinanzhof Az: VIII R 4/24

Ist die typisierte Berechnung der nicht abziehbaren Schuldzinsen mit 6 % der Überentnahmen verfassungskonform?

■ **EStG § 4 Abs 4a S 4:**

Verzinsung, Schuldzinsen, Überentnahme, Zinssatz, Ungleichbehandlung, Betriebsausgabe

Bundesfinanzhof Az: VIII R 27/23

1. Sind die Überentnahmen im Gesamthands- und im Sonderbetriebsvermögen unter gemeinsamer Betrachtung zu ermitteln oder ist das Sonderbetriebsvermögen als eine eigenständige Gewinnermittlung zu betrachten, so dass eine Saldierung von Gesamthands- und Sonderbetriebsvermögen ausscheidet? 2. Steht der Zinssatz in Höhe von 6 % bei der Berechnung der nichtabzugsfähigen Schuldzinsen im Einklang mit den verfassungsrechtlichen Grundsätzen?

■ **EStG § 50d Abs 3:**

Kapitalertragsteuer, Erstattungsanspruch, Kapitalverkehrsfreiheit, Verzinsung, Missbrauch, Zwischenschaltung, Freistellung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 43/23

Freistellungs- und Erstattungsanspruch einer Zwischenholding und Verzinsung von Kapitalertragsteuer¹. Widerspricht eine isolierte Betrachtung des § 32 Abs. 5 KStG dem Sinn und Zweck der Missbrauchsprüfung (Verhinderung des steuerbegünstigten Verschiebens von Kapital in "leere" zwischengeschaltete Gesellschaften) und schränkt den Anwendungsbereich des § 50d Abs. 3 EStG in unzutreffender Weise ein?². Kann die Regelung des § 233a Abs. 1 AO auf andere Abzugsteuern wie die Kapitalertragsteuer ausgeweitet werden?³. Beginnt der Zinslauf vier Monate und zehn Arbeitstage nach Stellung des Erstattungsantrags (in entsprechender Anwendung der vom BFH im Urteil vom 22.10.2019 - VII R 24/18, BFHE 267, 90 für den Bereich der Energiesteuerentlastung herausgearbeiteten Grundsätze)?

■ **EStG § 50d Abs 3:**

Kapitalertragsteuer, Erstattungsanspruch, Kapitalverkehrsfreiheit, Verzinsung, Missbrauch, Zwischenschaltung, Freistellung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 42/23

Freistellungs- und Erstattungsanspruch einer Zwischenholding und Verzinsung von Kapitalertragsteuer¹. Widerspricht eine isolierte Betrachtung des § 32 Abs. 5 KStG dem Sinn und Zweck der Missbrauchsprüfung (Verhinderung des steuerbegünstigten Verschiebens von Kapital in "leere" zwischengeschaltete Gesellschaften) und schränkt den Anwendungsbereich des § 50d Abs. 3 EStG in unzutreffender Weise ein?². Kann die Regelung des § 233a Abs. 1 AO auf andere Abzugsteuern wie die Kapitalertragsteuer ausgeweitet werden?³. Beginnt der Zinslauf vier Monate und zehn Arbeitstage nach Stellung des Erstattungsantrags (in entsprechender Anwendung der vom BFH im Urteil vom 22.10.2019 - VII R 24/18, BFHE 267, 90 für den Bereich der Energiesteuerentlastung herausgearbeiteten Grundsätze)?

■ **EStG § 5a Abs 4 S 5:**

Tonnagebesteuerung, Verfassung, Rückwirkung, Unterschiedsbetrag, Rechtsvorgänger, Rechtsnachfolger, unentgeltliche Übertragung

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvL 2/24

Es wird eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber eingeholt, ob § 52 Abs. 10 Satz 4 des Einkommensteuergesetzes (EStG) i.d.F. des Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetzes (AbzStEntModG) vom 02.06.2021 (BGBl I 2021, 1259) gegen das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot (Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes) verstößt, soweit diese Vorschrift die rückwirkende Anwendung des § 5a Abs. 4 Satz 5 und 6 EStG i.d.F. des AbzStEntModG für Wirtschaftsjahre anordnet, die nach dem 31.12.1998 beginnen

--Normenkontrollverfahren--

■ **EStG § 6b Abs 7:**

Gewinnzuschlag, Verzinsung, Verfassungsmäßigkeit

Bundesfinanzhof Az: VI R 20/23

Ist die Höhe des Gewinnzuschlags von jährlich 6 Prozent nach § 6b Abs. 7 des Einkommensteuergesetzes aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase verfassungswidrig?

■ **EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 4:**

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Leiharbeiter, Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte, dauerhafte Zuordnung

Bundesfinanzhof Az: VI R 22/23

Kann ein Leiharbeitnehmer aufgrund des ab 01.04.2017 geltenden § 1 Abs. 1b Satz 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (BGBI I 2017, 258, --Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten--) für Fahrten zum Entleiher eine Neubewertung der Ex-ante-Betrachtung durchführen, mit dem Begehren, dass betreffende Fahrtkosten aufgrund von Reisekostengrundsätzen als Werbungskosten abzugsfähig sind?

■ **EStG § 9 Abs 1 S 3 Nr 5:**

Doppelte Haushaltsführung, Wohnfläche, Dienstwohnung, Notwendigkeit, Angemessenheit

Bundesfinanzhof Az: VI R 21/23

Sind Aufwendungen für eine Wohnung am Ort der betreffenden Auslandsvertretung eines Beamten des höheren Dienstes des Auswärtigen Amtes -die auch der dienstlichen Repräsentation und der Pflege gesellschaftlicher Kontakte dient- und von seinem Dienstherrn mit einem Mietzuschuss bezuschusst wird, unter den besonderen Gegebenheiten des Streitfalls unabhängig von ihrer Größe notwendige Mehraufwendungen im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 EStG (keine Typisierung), soweit die geltend gemachten Werbungskosten nicht in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen stehen?

■ **FGO § 52d S 2:**

Gerichtsbescheid, Antrag, Nutzungspflicht, Elektronische Übermittlung, Steuerberater

Bundesfinanzhof Az: VI R 6/24

War ein Steuerberater im Februar 2023 verpflichtet, einen Antrag auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung als Reaktion auf einen Gerichtsbescheid des Finanzgerichts in elektronischer Form über das besondere elektronische Steuerberaterpostfach (beSt) an das Finanzgericht zu übermitteln?

■ **FGO § 52d S 2:**

Gerichtsbescheid, Antrag, Nutzungspflicht, Elektronische Übermittlung, Steuerberater

Bundesfinanzhof Az: VI R 7/24

War ein Steuerberater im Februar 2023 verpflichtet, einen Antrag auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung als Reaktion auf einen Gerichtsbescheid des Finanzgerichts in

elektronischer Form über das besondere elektronische Steuerberaterpostfach (beSt) an das Finanzgericht zu übermitteln?

■ **FGO § 52d S 2:**

Gerichtsbescheid, Antrag, Nutzungspflicht, Elektronische Übermittlung, Steuerberater

Bundesfinanzhof Az: VI R 8/24

War ein Steuerberater im Februar 2023 verpflichtet, einen Antrag auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung als Reaktion auf einen Gerichtsbescheid des Finanzgerichts in elektronischer Form über das besondere elektronische Steuerberaterpostfach (beSt) an das Finanzgericht zu übermitteln?

■ **FGO § 52d S 2:**

Gerichtsbescheid, Antrag, Nutzungspflicht, Elektronische Übermittlung, Steuerberater

Bundesfinanzhof Az: VI R 9/24

War ein Steuerberater im Februar 2023 verpflichtet, einen Antrag auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung als Reaktion auf einen Gerichtsbescheid des Finanzgerichts in elektronischer Form über das besondere elektronische Steuerberaterpostfach (beSt) an das Finanzgericht zu übermitteln?

■ **GewStG § 10a:**

Verdeckte Gewinnausschüttung, Wandelanleihe, Barausgleich, Abzugsverbot, Verlustabzug

Bundesfinanzhof Az: I R 48/23

Führen Barausgleich infolge der Ausübung des Wandlungsrechts im Zusammenhang mit von einer AG ausgegebenen Wandelanleihen und Rückkauf von Wandelanleihen zu Marktpreisen zu verdeckten Gewinnausschüttungen? Abzugsverbot nach § 8b Abs. 3 Satz 3 KStG für Aufwendungen für den Barausgleich oder den Rückkauf von Wandelanleihen? Verlustabzug nach § 10a GewStG im Falle sogenannter doppelstöckiger Personengesellschaften?

■ **GewStG § 8 Nr 1 Buchst f:**

Gewerbeertrag, Wasser, Versorgungsunternehmen, Hinzurechnung, Nutzungsrecht, Konzession

Bundesfinanzhof Az: IV R 26/23

Handelt es sich bei einer wasserrechtlichen Nutzungsgenehmigung zur Entnahme von Grundwasser zum Zweck der Trinkwasserversorgung um ein zeitlich befristetes Recht (Konzession) im Sinne von § 8 Nr. 1 Buchst. f GewStG, und unterliegen daher die von einem im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung tätigen Unternehmen gezahlten Wassernutzungsentgelte der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung?

■ **GewStG § 9 Nr 1 S 2:**

Grundstück, Erweiterte Kürzung, Ausschließlichkeit, Betriebsvorrichtung, Betriebsverpachtung

Bundesfinanzhof Az: IV R 31/23

Erweist sich die Mitvermietung einer Betriebsvorrichtung bereits dann als zwingend notwendiger Teil einer wirtschaftlich sinnvoll gestalteten Verwaltung und Nutzung eigenen Grundbesitzes, wenn die Betriebsvorrichtung fest mit dem Gebäude verbunden ist? Ist bei der Prüfung, ob ein zwingend notwendiger Teil einer wirtschaftlich sinnvoll gestalteten Verwaltung und Nutzung eigenen Grundbesitzes vorliegt, auf die tatsächliche Gebäude-nutzung abzustellen? Ist im Falle einer Betriebsverpachtung die erweiterte Kürzung ausgeschlossen, wenn neben dem Betriebsgrundstück auch Betriebsvorrichtungen überlassen werden?

■ **GG Art 2 Abs 1:**

anhängiges Verfahren, Bundesverfassungsgericht, effektiver Rechtsschutz, Gleichheit, Musterverfahren, Rechtsbehelf, Rechtsschutzbedürfnis, Solidaritätszuschlag, Steuergerechtigkeit, Verfassung, vorläufige Steuerfestsetzung, Vorläufigkeitsvermerk

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 1712/23

Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei vorläufiger Steuerfestsetzung - Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlags
--Verfassungsbeschwerde--

■ **GrEStG § 17 Abs 3 S 1 Nr 2:**

Grunderwerbsteuer, Gesonderte Feststellung, Insolvenzmasse, Bekanntgabe

Bundesfinanzhof Az: II R 37/23

Ist die Grunderwerbsteuer, die nach § 1 Abs. 2a GrEStG bei der Übertragung von Anteilen an einer grundbesitzenden Personengesellschaft entsteht, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, als Masseverbindlichkeit gegenüber dem Insolvenzverwalter der Personengesellschaft festzusetzen?

■ **GSA Fleisch § 2 Abs 1:**

Prüfung, Ermächtigung, Schwarzarbeit

Bundesfinanzhof Az: VII R 36/23

Prüfungsverfügung nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz in Verbindung mit dem GSA Fleisch: Handelt es sich bei § 6a Abs. 2 GSA Fleisch um eine verfassungs- und europarechtswidrige Ermächtigungsgrundlage für Prüfungsverfügungen?

■ **KStG § 14 Abs 5:**

Organschaft, Personengesellschaft

Bundesfinanzhof Az: I R 46/23

Keine Organschaft bei Beteiligung einer steuerbefreiten Körperschaft an der (potenziellen) Organträgerpersonengesellschaft?

■ **KStG § 8 Abs 7:**

Verlustvortrag, Organschaft

Bundesfinanzhof Az: V R 2/24

Behandlung von Verlustvorträgen im Zusammenhang mit der Spartenbesteuerung bei Begründung einer Organschaft im Bereich Verkehr und Versorgung¹. Führt die Begründung einer Organschaft zwischen einer Eigengesellschaft als Organträgerin und einer als Versorgungsunternehmen tätigen Organgesellschaft, an der die Organträgerin bislang nur eine Beteiligung hielt, im Rahmen der Spartenrechnung nicht zur Bildung einer neuen Sparte, auch wenn bis dahin lediglich eine Organschaft zwischen der Eigengesellschaft als Organträgerin und einer als Verkehrsunternehmen tätigen Organgesellschaft besteht? Werden Verlustvorträge aus dem Verkehrsbereich danach durch das Hinzutreten der Organschaft aus dem Versorgungsbereich nicht "eingefroren"? Ist die Sparte Verkehr/Versorgung unabhängig davon, ob beide Tätigkeiten gleichzeitig ausgeübt werden, stets als einheitlich anzusehen?². Müssen sich Organträger im Rahmen der Spartenrechnung die Tätigkeiten der Organgesellschaften als eigene Tätigkeiten zurechnen lassen?³. Führt die dauerhafte Zusammenfassung zur einheitlichen Sparte Verkehr/Versorgung mit der Folge der Nutzungsmöglichkeit von Verlustvorträgen aus dem Verkehrsbereich nicht zu einer Verletzung von EU-Beihilferegelungen nach Art. 107 ff. AEUV?

■ **RennwLottG § 17 Abs 2:**

Dienstleistungsfreiheit, EU-Ausland, EuGH-Vorlage, Gesetzgebungskompetenz, Gleichheit, Glücksspiel, Inland, konkurrierende Gesetzgebung, Mehrwertsteuer, Sitz, Sportwettensteuer, strukturelles Vollzugsdefizit, Umsatzsteuer, Verzicht, Vollzugsdefizit

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 2253/23

Keine Verfassungs- und Europarechtswidrigkeit der Besteuerung von Sportwetten
--Verfassungsbeschwerde--

■ **StromStG § 9 Abs 1 Nr 1:**

Stromsteuer, Steuerbefreiung, erneuerbare Energieträger, Stromnetz, Stromerzeugung

Bundesfinanzhof Az: VII R 31/23

Stromsteuerbefreiung nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 Stromsteuergesetz (StromStG):¹. Handelt es sich bei Schwarzlauge (Ablauge der Zellstoffherstellung) um einen erneuerbaren Energieträger im Sinne des § 2 Nr. 7 StromStG - auch schon vor Inkrafttreten des § 1b Abs. 2 Satz 4 Stromsteuer-Durchführungsverordnung?². Wie ist der Begriff der Entnahme aus einem "ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energieträgern gespeisten Netz" auszulegen?

■ **UStG § 1 Abs 1 Nr 1:**

Zeitschrift, Regelsteuersatz, Digitale Zeitschrift

Bundesfinanzhof Az: XI R 29/23

Unterliegt die Zurverfügungstellung eines Zugangs zum Bezug von E-Paper für Print-Abonnenten einer Zeitschrift ohne gesondert vereinbartes Entgelt vor der Anwendbarkeit des mit Gesetz vom 12.12.2019 eingeführten ermäßigten Steuersatzes auf E-Paper dem

Regelsteuersatz? Aufteilung des Abonnement-Entgelts: Verstößt die Anwendung unterschiedlicher Steuersätze auf die Lieferung einer Print-Ausgabe und die Zurverfügungstellung eines E-Papers in den Streitjahren 2009 bis 2012 gegen den unionsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz?

■ **UStG § 14c:**

Rechnung, Unrichtiger Steuerausweis, Rechnungsberichtigung

Bundesfinanzhof Az: XI R 25/23

Ist eine Umsatzsteuer, die auf § 14c UStG beruht, dann nicht entstanden, wenn der Rechnungsempfänger nach den dem FG vorliegenden Unterlagen keinesfalls eine Vorsteuer (mehr) geltend machen konnte, ein Umsatzsteuerausfall also nicht drohte?

■ **UStG § 17 Abs 1 S 1:**

Bonus, Bemessungsgrundlage, Zentralregulierung, Entgeltminderung

Bundesfinanzhof Az: V R 20/23

Umsatzsteuerliche Behandlung von Bonuszahlungen im sog. Zentralregulierungsgeschäft Mindern Jahresboni, die ein Zentralregulierer seinen Anschlusskunden (Mitgliedern) für den Bezug von Waren von bestimmten Lieferanten gewährt, die Bemessungsgrundlage für die Leistungen, die der Zentralregulierer gegenüber den Lieferanten erbringt?

■ **VergnStG BR § 8:**

Aufwandsteuer, Gleichheit, Glückspiel, Live-Wette, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Pausch, Sportwette, Typisierung, Vergnügungsaufwand, Wettautomat, Wettbürosteuer, örtliche Aufwandsteuer, Gesetzgebungskompetenz, Vergnügungssteuer

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvL 2/24

Es wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts darüber eingeholt, ob §§ 8 bis 14 des Bremischen Vergnügungssteuergesetzes vom 14. Dezember 1990 in der Fassung des Gesetzes zur Einführung einer Wettbürosteuer vom 14. März 2017 mit dem Grundgesetz unvereinbar und deshalb ungültig sind.

--Normenkontrollverfahren--